Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

reis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 116. Abendblatt. Montag, den 9. März 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 8. März. Wer die offiziösen Wiener Korrespondenzen mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird die Bemerkung gemacht haben, daß das Bestreben in denselben hervortritt, die rumänische Regierung durch Verbreitung falscher Nachrichten bei den anderen Mächten zu verdächtigen. Während früher rumänische Banden, die nirgends existirten, Bulgarien bedrohen sollten, behauptet man jetzt, daß Fürst Karl die Absicht habe, sich zum unabhängigen Herrscher von Rumänien zu machen. Man betritt also jetzt beide Verdächtigungen im Wege der höheren Politik. Es hat sich, wie wir schon früher erwähnt haben, herausgestellt, daß alle diese Nachrichten, welche bestimmt sind, die Türkei aufzuregen, von Agenten des ehemaligen Fürsten Cusa verbreitet werden. Es mögen übrigens auch noch andere Agenten ihre Hand dabei im Spiele haben. Der Zweck dieser Agitationen aber geht dahin, die Pforte zu bestimmen, ein türkisches Heer nach Bulgarien in Bewegung zu setzen, worauf sich dann die Pläne, welche von jener Seite verfolgt werden, weiter entwickeln würden. — Der in Paris erscheinende „Monde" drückt seine Befriedigung über den Ausfall der Zollparlamentswahlen in Baiern aus und findet, daß die Resultate des allgemeinen Stimmrechts ganz acceptabel seien. Er fordert dann die französische Regierung auf, die Politik des Kardinals Richelieu wieder aufzunehmen, ihre Sympathieen für Süddeutschland kundzugeben und den alten Bund wieder herzustellen. Es enthält also eine offene Aufforderung an die französische Regierung, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, der Artikel darf nicht zu gering veranschlagt werden, da er die Ansichten der klerikalen Partei in Frankreich ausspricht, einer Partei, die ihren Einfluß bis in die höchsten Kreise ausübt. Von der katholischen Kirche in Deutschland wird anerkannt werden müssen, daß eine Einmischung Frankreichs in die nationale Gestaltung Deutschlands der katholischen Bevölkerung keine größeren Vortheile bringen kann, als dieselbe bereits in Preußen besitzt, was aber die Herstellung des alten Bundes betrifft, so ist unmöglich, daß der weltgeschichtliche Prozeß einen derartigen Rücklauf nehmen kann. Am wenigsten liegt es in der Natur des Deutschen, sich den nunmehr geschlossenen deutschen Nationalstaat so ohne Weiteres eskamotiren zu lassen. — Der Prinz Napoleon wird sowohl bei Hofe als in den hohen Beamten- und Gesellschaftskreisen mit großer Auszeichnung aufgenommen. Diese Courtoisie hat einen um so freieren Spielraum, als bekannt ist, daß der Prinz mit einer diplomatischen Sendung nicht betraut ist. — In mehreren Zeitungen ist die Nachricht enthalten, daß der General v. Manteuffel von Neuem zur Uebernahme eines höheren Truppen-Kommandos bestimmt sei; von einigen Blättern wird die Nachricht auch mit der Audienz in Verbindung gebracht, welche in diesen Tagen der General Vogel von Falkenstein beim Könige gehabt hat. In militärischen Kreisen wird aber die Berufung des General von Manteuffel zu einem Truppen-Kommando für unwahrscheinlich bezeichnet, wobei zugleich die damit in Verbindung gesetzten Kombinationen in Wegfall kommen.

Berlin, 8. März. Das Zollparlament würde äußerlich gewiß unabhängiger von dem norddeutschen Reichstage erschienen sein, wenn es vor diesem selbstständig berufen worden wäre und der Reichstag sich erst nachher angeschlossen hätte. Das ist nun durch die Schuld Hessens und Würtembergs nicht möglich gewesen und die Südstaaten müssen es sich jetzt gefallen lassen, daß umgekehrt das Zollparlament sich an den schon versammelten Reichstag anschließt. Ja, nicht unwahrscheinlich ist, daß der Reichstag auch nach dem Zollparlamente wird forttagen müssen, so daß jenes nur als ein durch den Zutritt der Vertreter Süddeutschlands bewirkter besonderer Abschnitt des Reichstages erscheint. Der Abschluß des Vertrages mit Oesterreich, so wie andere Geschäfte des Zollparlaments dürfen nicht mehr länger hinausgeschleppt werden, so daß die Einberufung voraussichtlich sofort nach Ostern erfolgen wird. Bis dahin aber kann der Reichstag seine ihm obliegenden Arbeiten unmöglich erledigt haben. Es soll deshalb jetzt des Grafen Bismarck Absicht sein, das Zollparlament während der Reichstagssession einzuberufen und die Arbeiten des Reichstages während des Zollparlaments vorzubereiten. Manche Kommissions-Arbeiten des Reichstages würden dabei wohl auch während der Sitzung des Zollparlaments fortgesetzt werden können. Dem norddeutschen Bundesrathe, der morgen zusammentritt, dürfte der Entwurf zur norddeutschen Gewerbe-Ordnung sofort vorgelegt werden. Die Einberufung des Bundesrathes auf morgen hatte um so weniger Schwierigkeit, als die überwiegende Zahl seiner Mitglieder (mit Ausnahme der militärischen außer-preußischen) augenblicklich hier schon versammelt ist, um die Vorlagen für das Zollparlament zu berathen. Diese, so weit sie bisher eingebracht sind, werden inzwischen von den Ausschüssen bearbeitet werden.

— Mehrere Zeitungen (auch die unsere) haben die Nachricht gebracht, daß Graf v. Bismarck durch mancherlei Zurücksetzungen veranlaßt worden sei, als Kanzler des norddeutschen Bundes am Königlichen Hofe den Botschafterrang zu beanspruchen und daß dieser Rang demselben bewilligt wäre. Wie die „Sp. Z." von anscheinend offiziöser Seite erfährt, ist diese Mittheilung nicht begründet. Der Rang eines Präsidenten des Staatsministeriums ist seit längerer Zeit demjenigen des Feldmarschalls und Oberst-Kämmerers in der Art gleichgestellt worden, daß die Reihenfolge dieser Chargen nach dem Datum ihrer Ernennung wechselt. Der Rang der fremden Botschafter ist ein anderer. Dieselben gehen ganz zweifellos bei den Höfen allen Inländern vor, welche nicht zur Familie des Souveräns gehören. So haben auch an dem hiesigen Königl. Hofe die Botschafter den Rang vor dem Feldmarschall. In fremden diplomatischen Häusern wird dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Vortritt gegeben. Bei diesen Rangverhältnissen hatte also der Ministerpräsident gar keine Veranlassung, sich über Zurücksetzung zu beklagen. Ebensowenig konnte für ihn ein Grund zur Gereiztheit über die ihm zustehende Rangfolge vorhanden sein, da Graf v. Bismarck die diplomatischen Gebräuche der europäischen Höfe kennt, welche dem Botschafter den Rang vor allen Einheimischen, welche nicht Mitglieder der Königlichen Familie sind, anweisen.

— Der wegen Hochverraths unter Anklage gestellte Graf Platen besitzt, dem „Courier" zufolge, in der Provinz Hannover kein Vermögen; die dort liegenden Platen'schen Güter gehören dem Vater desselben. Von Hietzing aus wird jetzt den Theilnehmern an der Hochzeitsfeier eine Photographie, die Königliche Familie darstellend, zugesandt.

— In Betreff der Ergänzung der Offiziere des stehenden Heeres soll für die Zulassung zur Portepée-Fähndrichs-Prüfung künftig und bis auf Weiteres von der Beibringung eines Reifezeugnisses für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung abgestanden werden.

— Herr Dr. Oppenheim drückt im Namen der Führer der liberalen Partei in einem Zuschreiben an den Redakteur der „Zukunft" wegen der in der „Berl. autogr. Corr." gegen das letztere Blatt enthaltenen Schmähungen sein Bedauern aus. Er versichert, daß gegen die Wiederkehr derartiger Schimpfereien Maßregeln getroffen sind.

— Endlich ist nun über die Besetzung der Präsidentenstelle des Stadtgerichts eine Entscheidung getroffen worden. Dieselbe ist, wie die „Voss. Z." hört, dem Geheimen Ober-Justiz-Rath Krüger verliehen worden. Derselbe war früher Untersuchungsrichter bei dem hiesigen Stadtgericht und präsidirte abwechselnd dem Schwurgerichtshof.

— Aus Anlaß eines während des Feldzuges von 1866 sich herausgestellten fühlbaren Mangels an Militärärzten sollen künftighin ersatzpflichtige Mediziner ausschließlich als Aerzte ihrer Dienstpflicht nachkommen, um dieselben in ihrem späteren Reserve- und Landwehrverhältniß für den Fall einer Mobilmachung in ihrem Berufe einziehen zu können.

— Bei der Armee erwartet man mit Nächstem eine Besetzung der bisher zum größeren Theil noch vakant gehaltenen hohen militärischen Stellen als Inspekteure von Armee-Abtheilungen. Als designirt dazu wird u. A. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, preußischer General der Infanterie, für die 5. Armee-Abtheilung (IX. und X. Armeekorps) bezeichnet.

— Außer dem Prinzen Adalbert, als naher Anverwandter des Hauses Baiern, wird der Major v. Grolmann, vom Generalstabe der Armee, der Beisetzungsfeierlichkeit des verstorbenen Königs Ludwig I. von Baiern als militärischer Deputirter Preußens beiwohnen.

— Der Ober-Appellationsgerichtsrath Dr. Momsen hierselbst ist zum Präsidenten des neuerrichteten Konsistoriums für Schleswig-Holstein ernannt worden.

— Die „National-Zeitung" meldet Folgendes: „Als der Erbprinz von Augustenburg seine Ansprüche auf die Elbherzogthümer erhob, begleitete ihn bekanntlich der Staatsrath Francke, welcher zur Zeit der Statthalterschaft das Finanzdepartement in Schleswig-Holstein verwaltet hatte und jetzt Präsident der Regierung in Koburg war, nach Kiel. Derselbe verzichtete auf seine Koburger Stelle, als diese nicht länger offen gehalten werden konnte, und stand dem Erbprinzen zur Seite bis Alles vorbei war. Seitdem war Hr. Francke Mitglied des konstitutionellen und des ersten ordentlichen Reichstages und wurde von zwei holsteinischen Wahlkreisen in das Abgeordnetenhaus gewählt. Nachdem dies geschehen, eröffnete ihm der Erbprinz von Augustenburg, daß er ihm die ausgemachte Pension entziehen würde, falls er in das preußische Abgeordnetenhaus eintreten und dort dem Könige von Preußen den Eid leisten sollte, und ließ die Zahlung in der That einstellen, als Hr. Francke dessen ungeachtet in das Abgeordnetenhaus eintrat. Da die lebenslängliche Pension ohne irgendwelche Bedingung stipulirt war und mithin nicht hinterher einseitig an eine willkürliche Bedingung geknüpft werden konnte, hätte sie ohne Zweifel im Wege Rechtens eingeklagt werden können. Um indessen einen solchen Scandal zu vermeiden, haben einige Freunde des Erbprinzen einen Vergleich zu Stande gebracht, nach welchem Hr. Francke mit einer geringfügigen Summe — wir hören zwei- bis dreitausend Thaler nennen — ein für allemal abgefunden ist .... Die Augustenburgische Familie ist ziemlich reich. Der Herzog erhielt für seine schleswigschen Güter und das Versprechen, den dänischen Arrangements in den Herzogthümern nicht entgegenzutreten, mehr als drei Millionen Thaler. Das ganze Prätendententhum in Schleswig-Holstein hat dem Hause nicht mehr als 33,000 Thlr. gekostet. Die übrigen Summen für Beamte, Presse, diplomatische Missionen und militärische Rüstungen — etwa eine halbe Million — sind durch Sammlungen, namentlich durch den Sechsunddreißiger-Ausschuß und durch die auf Hoffnung des Gelingens ausgegebene Augustenburger Anleihe aufgebracht worden."

— Die Ausschüsse des Bundesraths des Zollvereins sind wie folgt zusammengesetzt: I. Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen: Preußen: General-Steuerdirektor v. Pommer-Esche und in dessen Behinderung: Geh. Ober-Finanz-Rath Henning. Baiern: Staatsrath v. Weber. Sachsen: Geh. Finanzrath v. Thümmel. Würtemberg: Ober-Finanz-Rath Riecke. Braunschweig: Geh. Rath von Liebe. Stellvertreter. Hessen: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Mecklenburg-Strelitz: Drost v. Oertzen. II. Ausschuß für Handel und Verkehr. Preußen: Präsident v. Delbrück und in dessen Behinderung: Ministerial-Direktor v. Philipsborn. Sachsen: Ministerialdirektor Dr. Weinlig. Baden: Ministerialrath Kilian. Hessen: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Hamburg: Senator Dr. Kirchenpauer. Stellvertreter. Würtemberg: Ober-Finanz-Rath Riecke. Bremen: Senator Gildemeister. III. Ausschuß für Rechnungswesen. Preußen: Ministerialdirektor Günther und in dessen Behinderung: Geh. Ober-Finanz-Rath Henning. Baiern: Oberzoll-Rath Gerbig. Sachsen: Geh. Finanz-Rath v. Thümmel. Hessen: Geh. Ober-Steuer-Rath Ewald. Mecklenburg-Schwerin: Staats-Rath v. Müller. Braunschweig: Geh. Rath v. Liebe. Lübeck: Senator Dr. Curtius. Stellvertreter. Würtemberg: Ober-Finanz-Rath Riecke. Baden: Gesandter Frhr. v. Türckheim. IV. Ausschuß für die Geschäftsordnung. Preußen: Präsident Delbrück. Baiern: Staats-Rath v. Weber. Würtemberg: Geh. Legations-Rath Frhr. v. Spitzemberg. Mecklenburg-Schwerin: Staats-Rath v. Müller. Sachsen-Koburg-Gotha: Staatsminister Frhr. von Seebach.

— Unter den für dieses Jahr angeordneten Uebungen der preußischen Truppen nehmen die Pontonier- und Sappeur-Manöver eine hervorragende Stelle ein. Erstere Uebung soll, nach dem Plane, im Juli d. J. bei Graudenz, in Westpreußen, unter Theilnahme der Pionier-Kompagnien des Garde-Pionier-Bataillons, der preußischen, pommerschen, niederschlesischen und schlesischen Pionierbataillone Nr. 1, 2, 5 und 6 stattfinden. Dieser Uebung folgt im August und September c. eine größere Sappeur-Uebung bei Koblenz, mit Betheiligung des rheinischen Pionierbataillons Nr. 8, der beiden Sappeur-Kompagnien des westphälischen Pionierbataillons Nr. 7, des hannoverschen und hessischen Pionierbataillons Nr. 10 und 11. Die Pontonierübung schließt sich der vor 6 Jahren an demselben Platze gehaltenen an, und der gezogene Mörser, welcher eine große Bedeutung zu erlangen Aussicht hat, wird dabei eine Rolle zu spielen haben. Die Belagerungsübung bei Koblenz wird auch einigen Neuerungen bei Schanzen-, Weg- und Brückenbauten die Wege ebnen und sich mit der kunstmäßigen Laufgräbenanlage bei Angriffen beschäftigen. Im Sommer sollen auf dem Artillerie-Schießplatze bei Tegel große Schießversuche gegen Eisenziele vorgenommen werden. Die „Allg. Mil.-Z." nennt darunter den Gruson'schen Geschoßabweiser aus Hartguß, ein eisernes Gehäuse zum Schutze der Belagerungs- und Festungsgeschütze. Im vorigen Jahre wurden bei Tegel Versuche mit preußischen Vier- und Sechspfünder-Hinterladern und mit österreichischen Vier- und Achtpfünder-Vorderladern angestellt, um den Unterschied kennen zu lernen. Die Präzision, Perkussion und Sprengwirkung der preußischen Geschosse übertrafen die gleichnamigen der österreichischen in auffallender Weise. Dagegen blieb die Feuergeschwindigkeit der Hinterlader hinter der der Vorderlader zurück.

Kiel, 8. März. Nach hier eingegangenen Nachrichten befindet sich das Schiff „Vineta" noch im Dock zu Shanghai und werden die im Dock auszuführenden Reparaturen voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieses Monats beendigt sein.

Frankfurt a. M., 8. März. Wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, beabsichtigen Mitglieder der Handelskammer im Gremium einen Schritt gegen die neue österreichische Couponsteuer anzuregen.

Darmstadt, 7. März. Ein anscheinend offiziöser Artikel der „Darmstädter Zeitung" weist die Vorwürfe zurück, welche der hessischen Regierung wegen der Verzögerung der Wahlen zum Zollparlament gemacht worden waren. Der Artikel führt aus, daß die Regierung sich genau nach dem Vertrage über die Fortdauer des Zollvereins, sowie in Gemäßheit des Reichswahlgesetzes gehandelt habe, indem sie der Ansicht gewesen sei, daß die Wahlen zum Zollparlament für ganz Süddeutschland gemeinschaftlich ausgeschrieben werden wurden, sobald von Berlin aus das bezügliche Ersuchen gestellt worden sei. Nachdem jedoch die Regierungen von Baiern und Baden selbstständig vorgegangen, habe auch die hessische Regierung sofort die nöthigen Schritte zur Veranstaltung der Wahlen eingeleitet.

Karlsruhe, 7. März. Nachwahl zum Zollparlament. Im dritten Wahlkreis (Waldshut-Säckingen-Schopfheim) hat heute engere Wahl stattgefunden. Soweit bis jetzt bekannt, hat der Kandidat der national-liberalen Partei Abg. Hepting 7641 Stimmen erhalten, während auf den der katholischen Partei, Kaufmann Leo in Säckingen 6690 Stimmen fielen. Aus 25 Landgemeinden des Amtes Waldshut ist das Wahlresultat noch nicht bekannt.

Ausland.

Wien, 7. März. Die ungarische Delegation genehmigte die Anträge des Ausschusses bezüglich der Beibehaltung der Gesandtschaft am sächsischen Hofe, sowie des Botschafterpostens in Rom. Ueber letztern Gegenstand entspann sich eine zweistündige Debatte, worin Hofrath Falke als Regierungsvertreter der Ansicht entgegentrat, daß die Beibehaltung der Botschaft in Rom als feindliche Absicht gegen Italien betrachtet werden könne. Er konstatirte, daß zwischen Oesterreich und Italien gegenwärtig das beste Einvernehmen bestehe und daß die Regierung auf die fernere Aufrechterhaltung desselben das größte Gewicht lege. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß sich die äußere Politik Oesterreichs nicht geändert habe und bezeichnet diese streng an die Interessen der Völker sich haltend, und durch das bestimmte Prinzip, der österreichisch-ungarischen Monarchie den nothwendigen Frieden mit allen möglichen Mitteln zu erhalten, geleitet.

Wien, 8. März. Die Beschlüsse der Bank-Direktion und des Bank-Ausschusses über die Regelung der Bankfrage gehen auf Fortdauer der Nationalbank als Reichsinstitut bis zum Ablauf ihres Privilegiums; Aufrechthaltung des Zettel-Monopols; Reduktion des Bankfonds auf 90 Millionen; Beschränkung der Dotation des Reservefonds auf 10 pCt.; Ausdehnung des geschäftlichen Wirkungskreises der Nationalbank; Erlaß eines besonderen Gesetzes über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Baarzahlungen; Regelung der Verhältnisse der Hypothekar-Kredit-Abtheilung zum Bank-Institute

und schließlich unbedingte 4prozentige Verzinsung des „Achtzig-Millionen-Darlehens".

— Die „Neue freie Presse" schreibt: Das Subcomité der Nationalbank hat zwei Reformvorschläge eingereicht. Der eine geht dahin, daß ein neues Uebereinkommen zwischen dem Staate und der Bank abgeschlossen werden solle, wonach der Staat fortan die 80 Millionen Gulden Darlehne mit 4 pCt. zu verzinsen habe. Der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen solle einem besonderen Uebereinkommen vorbehalten bleiben. Nach dem anderen Vorschlage soll das Bankkapital auf 80 Millionen Gulden dadurch reducirt werden, daß den Aktionären 30 Millionen Gulden zurückgezahlt werden. Als Grundlage für die zukünftige Gewinnvertheilung wird vorgeschlagen, vom Gewinne zunächst die Aktie mit 5 pCt. zu verzinsen, vom Rest 10 pCt. für den Reservefonds zurückzulegen und das Uebrige als Superdividende zur Vertheilung unter die Aktionäre zu bringen.

— Die Delegation des Reichsraths hat in ihrer heutigen Sitzung einen Antrag Pratobevera's angenommen, nach welchem 996,000 fl. für Neubauten an den Festungswerken bewilligt werden, während der Ausschuß nur 672,400 fl. für diesen Zweck genehmigen wollte. Der Kriegsminister ergriff in der Sitzung das Wort, um den Dank der Regierung auszusprechen für die Bewilligung der zur Beschaffung neuer Waffen geforderten Summen. Der Minister hob gleichzeitig hervor, daß die Armee die bewilligten Waffen zu benutzen wissen werde, wenn von irgend welcher Seite muthwillige Eingriffe in den Gang der konstitutionellen Entwickelung Oesterreichs versucht werden sollten. Die Delegation erledigte schließlich das Extraordinarium des Kriegsbudgets, indem die Summe von 26,181,674 fl. bewilligt wurde.

Brüssel, 7. März. Die Repräsentantenkammer erklärte sich für die Aufrechterhaltung den Auslieferungs-Gesetzes von 1856, aber gegen die Kodifizirung desselben unter den diesen Gegenstand betreffenden Gesetzen.

Haag, 7. März. In der Deputirtenkammer wurde gestern die Debatte über den Antrag Blussé fortgesetzt. Die Minister des Innern und des Aeußern erklärten, sie würden die Annahme des Antrags als ein Mißtrauensvotum betrachten. Nach langer Diskussion wurde dann heute mit 65 gegen 5 Stimmen der Antrag angenommen, daß die Abstimmung über den Antrag des Abg. Blusse, welcher die jüngste Kammerauflösung als nicht im Interesse des Landes geboten gewesen erklärt, bis nach der von dem Ministerium verheißenen Vorlegung der diplomatischen Aktenstücke aufgeschoben werden soll.

Paris, 6. März. Gesetzgebender Körper. In der Fortsetzung der Debatte über das Preßgesetz kam der Artikel 11 desselben, welcher jede auf das Privatleben bezügliche Veröffentlichung in den Zeitungen mit einer Geldstrafe von 500 Francs belegen will, zur Sprache. Morin führte dagegen an, daß ein derartiges Verfahren den Geist des französischen Volkes ertödten würde. Josseau stellte Privatleben und Haus als in gleicher Weise unverletzlich hin. Jules Simon sprach sich dahin aus, daß das Privatleben nicht vollständig abgeschlossen sein dürfe. Der Regierungskommissar Jolibois sagte, daß die Regierung durch das neue Gesetz sich selbst der Besprechung überliefere, aber die Bürger schütze. Beauverger glaubt, daß die gegenwärtige Gesetzgebung zum Schutze des Privatlebens genüge. Ollivier sagte, der wahre Grund des Uebels bei dieser Sache liege in der Unmöglichkeit, Verläumdungen durch Beweise zu entkräften. Der Artikel wurde mit 135 gegen 105 Stimmen angenommen.

Paris, 7. März. Gesetzgebender Körper. Guéroult erklärte, daß er anläßlich der Haltung, welche das Journal „Pays" in der Kerveguen'schen Angelegenheit beobachtet habe, eine Interpellation betreffend die Beziehungen der Regierung zu dem genannten Journal beabsichtige. Die Kammer lehnte jedes weitere Eingehen auf diese Angelegenheit ab. — Bei der darauf fortgesetzten Berathung des Preßgesetzes wurde Artikel 12, nach welchem bei zweimaliger Verurtheilung wegen Preßvergehens auch das Wahlrecht anerkannt wird, mit 134 gegen 72 Stimmen verworfen; Artikel 14, welcher die sofortige provisorische Ausführung der in Preßsachen gefällten Urtheile anordnet, aber mit 181 gegen 58 Stimmen angenommen und sodann die Berathung auf Montag vertagt. — Das „Pays" veröffentlicht heute die von ihm angekündigten Aktenstücke, welche sich auf Geld- und Ordens-Sendungen Seitens des italienischen Ministeriums an La Varenne beziehen. Die Dokumente enthalten wenig Neues in der Angelegenheit. — An Stelle Victor Cousins ist Vacherot zum Mitglied der Akademie gewählt worden.

Florenz, 7. März. Der Kriegsminister hat verfügt, daß zum 1. April die zur Kavallerie und Feld-Artillerie gehörigen Truppen der Altersklasse von 1842 auf unbestimmte Zeit beurlaubt werden können.

Der Marquis Ginori ist zum Bürgermeister von Florenz designirt.

— In der Deputirtenkammer tadelte Doda die Politik der Regierung in ihren Beziehungen zur Bank und brachte in Vorschlag, das Ministerium zur Einbringung einer Gesetzesvorlage Behufs Beschränkung der Papiergeldausgabe zu veranlassen. Der Finanzminister Graf Cambray-Digny widersprach den vorgebrachten Beschuldigungen. Darauf genehmigte die Kammer einen Antrag auf Schluß der General-Debatte über die Motion Ropi's. Ferrari begehrte die Niedersetzung eines Comité's zur Untersuchung der Ursachen des vorhandenen Defizits. Von Seiten mehrer Redner wurden Pläne für die eventuelle Aufhebung des Zwangs-Courses des Papiesgeldes erläutert.

— In der Angelegenheit, betreffend die Livornesischen Obligationen, hat das Ministerium den Bescheid ergehen lassen, daß die Zahlung der Zinsen derselben in Silber ohne ein vorher hierüber ergangenes richterliches Erkenntniß nicht geboten sei.

Rom, 7. März. Der amerikanische Admiral Farragut wird in Kurzem in Rom erwartet.

Mailand, 8. März. Der preußische Kriegsminister, General von Roon, hat sich nach kurzem Aufenthalte nach Lugano begeben. Der Minister empfing den Besuch mehrer hervorragender Persönlichkeiten, war jedoch, wie es heißt, aus Gesundheitsrücksichten nicht in der Lage, der beabsichtigten Truppenrevue beizuwohnen.

London, 6. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Mr. Lefevre die Alabama-Angelegenheit in Anregung. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Stanley, sagte, daß es nothwendig sei, die streitigen Punkte in dieser Frage genau festzustellen und sich seines Rechtes zu vergewissern. Er glaube nicht, daß Amerika einen Streit aufnehmen würde, welcher leicht einen mit großen Kosten verknüpften Krieg zur Folge haben könnte und dies nur, um die Bewilligung von Ansprüchen, welche wahrscheinlicherweise auch ohne Krieg zu seinen Gunsten ausfallen würden, zu erzwingen. Er glaube übrigens, daß eine friedliche Beilegung der Angelegenheit durch den freundschaftlichen Empfang des neuen englischen Gesandten in Washington Seitens des Präsidenten der Union wahrscheinlich geworden sei. — Stuart Mill glaubt, England schulde den Vereinigten Staaten einige Entschädigung. Eine gemischte Kommission würde den streitigen Punkt besser als ein Schiedsgericht entscheiden. Gladstone ist nicht der Ansicht, daß Amerika irgend welchen Anspruch auf Entschädigung habe, billigt die von Lord Stanley abgegebenen Erklärungen und spricht sein volles Vertrauen in das von dem Minister des Aeußern in der Alabama-Frage beobachtete Verfahren aus.

— „Times" veröffentlichen eine Depesche aus Adambago vom 22. v. Mts. In diesem Orte, 50 Miles von Antago, war das Hauptquartier mit 100 Mann an demselben Tage eingetroffen. Eine mehrtägige Rast wurde beabsichtigt, um Proviant und Nachschub zu erwarten. Die Zusammenkunft Napier's mit dem Häuptling Kassai war zweifelhaft geworden. Von den Gefangenen hatte man Nachricht bis zum 30. Januar. Dieselben befanden sich wohl. Theodor hatte noch nicht Magdala erreicht.

Madrid, 6. März. In Folge des Streites zwischen dem Handels- und Unterrichtsminister Orobio und dem Präsidenten der Deputirtenkammer äußerte Ersterer den Wunsch, aus dem Kabinet auszutreten. Die Minister befürchten, daß ein theilweises Ausscheiden der einzelnen Mitglieder des Ministeriums dasselbe ganz zu Fall bringen würde. Die Regierung befindet sich in einer kritischen Lage. Zwischen dem Finanzminister und seinen Kollegen haben sich Meinungsverschiedenheiten eingestellt. Es geht das Gerücht, daß bald ein neues Kabinet durch Miraflores gebildet werden solle.

Kopenhagen, 7. März. In der heutigen Sitzung des Folkethings theilte der Präsident dem Hause mit, daß der König das Demissionsgesuch des Kultusministers angenommen und den Finanzminister vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Kultusministeriums beauftragt habe. — Der Kriegsminister legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Bewilligung von 1,200,000 Rigsdaler zur Beschaffung von Kriegsmaterial sowie zur Einrichtung von militärischen Etablissements. Für das nächstfolgende Jahr werden 685,000 Rigsdaler zu ähnlichen Zwecken gefordert werden.

Petersburg, 8. März. Das „Journal de St. Pétersbourg" theilt mit, daß dem Bauunternehmer Poliakoff die Konzession zum Bau einer Bahn von Kursk nach Charkow ertheilt worden ist. Die Regierung hat dem Unternehmer einen Vorschuß von 9 Millionen Rubel bewilligt. Der Bau muß in $1\frac{1}{2}$ Jahren vollendet sein. Die Baukosten sind auf 68,000 Rubel per Werst veranschlagt. Die Kosten sollen durch Emission von Obligationen zum Course von 70 pCt. aufgebracht werden. Auch zu den Vorbauten einer Eisenbahn von Charkow nach Tanganrog und Rostow ist derselbe Unternehmer ermächtigt worden.

Pommern.

Stettin, 9. März. Nachdem der 39. Kommunal-Landtag von Altpommern vorgestern seine Berathungen geschlossen, ist gestern der „Provinzial-Landtag des Herzogthums Pommern und Fürstenthums Rügen" mit einer Ansprache des Herrn Oberpräsidenten v. Münchhausen — bei dem die Landtagsmitglieder auch zu einem Diner versammelt waren — eröffnet. Diese Ansprache wurde von dem Landtags-Marschall, Herrn Grafen v. Bismarck-Bohlen erwidert. In der heutigen 2. Plenarsitzung fand die Vertheilung der vorliegenden Propositionen an die Ausschüsse statt. Unter den Vorlagen erwähnen wir vorzugsweise: diejenige wegen künftiger Vertretung der mit städtischer Verfassung beliehenen Ortschaft Grabow im Stande der Städte, und Abänderung einzelner Bestimmungen der für Neu-Vorpommern gültigen Fischerei-Ordnung.

— Der orkanähnliche Sturm, welcher gestern Abend und während der verflossenen Nacht wüthete, hat nicht nur in der Stadt selbst an Gebäuden, sondern auch, so weit bis jetzt Nachrichten vorliegen, in der näheren Umgebung arge Verwüstungen angerichtet. In den städtischen Anlagen, auf den dorthin und nach Grünhof führenden Wegen, der Falkenwalder Landstraße, in Fortpreußen u. s. w. ist eine bedeutende Menge selbst größerer und starker Bäume total umgeworfen, mehrere Zäune in den Vorstädten sind vollständig niedergelegt u. s. w. Jedenfalls ist anzunehmen, daß auch auf dem Waßer an Schiffen vielfacher Schaden entstanden ist.

— In der vorgestrigen General-Versammlung der Mitglieder „der Magistratsbeamten-Wittwenkasse" ist die Seitens des Magistrats vorgeschlagene Auflösung der Kasse unter den proponirten Bedingungen abgelehnt worden.

— Der Staatsanwalts-Gehülfe Fischer in Magdeburg ist zum Staatsanwalt in Colberg, der Kreisrichter Franz in Naugard zum Rechtsanwalt und Notar bei dem Kreisgericht in Soldin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlinchen, ernannt, und der Gerichts-Assessor Gräfe aus dem Bezirk des Appellationsgerichts zu Naumburg in das Departement des hiesigen Appellationsgerichts versetzt worden.

— Vorgestern Abend betraten 4 Arbeiter in das vor dem Königsthor belegene Devantier'sche Lokal, und ließen sich dort verschiedene Getränke verabreichen. Unter diesen Personen befand sich der Arbeiter Chr. Treptow aus Grabow, welcher früher schon wegen Polizeivergehens in jenem Lokal bestraft worden war. Aus einem nahe liegenden Rachegefühl suchte er mit dem Wirth nicht nur Händel, sondern erlaubte sich auch Mißhandlungen gegen denselben. Es gelang indessen unter polizeilicher Assistenz, den Attentäter sowie zwei seiner Genossen zu verhaften, der vierte Arbeiter entkam.

— In einer hiesigen Branntweinbrennerei wird seit einiger Zeit statt Roggen Mais gebrannt, der, obwohl pro Centner 1 Thaler billiger als Roggen, doch eine verhältnißmäßig bessere Ausbeute gewährt.

— Der mehrfach bestrafte Tapeziergehülfe Otto Hagen hat sich dadurch eines Betruges schuldig gemacht, daß er auf den Namen „Köpsel" und auf Grund eines gefälschten, mit dem Namen seines früheren Arbeitsgebers, des Tapeziers Liefert unterzeichneten Zettels aus einer hiesigen Destillation Getränke auf Kredit entnahm. Die Fälschung ist durch Vergleichung der Handschrift festgestellt worden.

— Gestern erfolgte die Verhaftung des Vergolders Julius Scharwitz, welcher aus reinem Uebermuthe durch das Ziehen der Feuerglocke in der Hauptfeuerwache die Gespanne der Feuerwehr alarmirte.

— Am Freitag Nachmittag hatte der Sohn des Bauerhofsbesitzer D. in Stolzenhagen den Auftrag, vom Julo Holz abzufahren. Dort angekommen, erhielt er beim Absträngen der Pferde von einem derselben einen Hufschlag, der ihm die ganze Kinnlade zerschmetterte. Da die Mutter des Verunglückten schon seit längerer Zeit krank liegt, wurde der Bewußtlose in die Wohnung eines Verwandten in Stolzenhagen geschafft. Die Aerzte sollen erklärt haben, daß der Verstand des Unglücklichen für immer zerrüttet bleiben wird, wenn es auch gelingt, ihn am Leben zu erhalten.

— Aus einer Remise des Hofes gr. Lastadie Nr. 38 sind in der Nacht zum 7. d. M. mittelst Einsteigens vom Nachbarhofe aus mehrere Stücke Eisen, am 6. Morgens dem Besitzer des Etablissements „Tivoli" von der auf Grünhof wohnhaften verehelichten Becker, geb. Hautz, aus seinem Lokal verschiedene Gegenstände, an demselben Tage vom Bauhofe am Paradeplatz mehrere dort zum Trocknen aufgehängte Wäschestücke, aus der Geschirrbude auf dem bei Nemitz neu angelegten Kirchhofe ein schwarzer Doubelüberzieher, gestern aus dem Vereinsspeicher von einem dabei ergriffenen Arbeiter ein Sack Erbsen gestohlen.

** **Anklam**, 7. März. Bei dem heute stattgehabten Abiturienten-Examen erhielten folgende Primaner das Zeugniß der Reife: Edzardi, Magunna, Recke, Ewer und Bäcker. Ersterer wurde vom mündlichen Examen dispensirt.

† **Cammin**, 8. März. In dem Staatshaushaltsetat sind zu Seminarzwecken für Cammin 850 Thlr. ausgeworfen. Es soll nämlich zu Michaeli d. J. ein sogenannter Nebenkursus eingerichtet werden, d. h. es sollen 25 Zöglinge in einem einjährigen Kursus durch die vorhandenen Lehrkräfte unter Hinzuziehung eines Hülfslehrers für das Schulamt ausgebildet werden. Im übrigen bleibt das Seminar vorläufig noch in seinem alten Bestande, so daß also zu Michaelis auch gleichzeitig 25 Zöglinge zu zweijährigem Kursus aufgenommen werden; ob aber zu diesem letzteren sich Viele bereit finden werden, wenn sie das Gleiche in einem Jahre erlangen können, muß die Erfahrung lehren. — Der Landrath unseres Kreises, Herr v. Köller, Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, wird, wie glaubwürdig versichert wird, das Landrathsamt in nächster Zeit niederlegen und an seines Vaters, des Generallandschaftsdirektors v. Köller, Stelle die Bewirthschaftung der großen Kantrecker Güter übernehmen, während letzterer seinen Wohnsitz in Dobberphul, wo bisher der Landrath wohnte, nehmen wird.

Vermischtes.

La Rochelle. (Dank wird nicht verlangt.) Auf dem Hafenquai geriethen vor einigen Tagen zwei Fischer von der Insel Groix in eine wüthende Schlägerei. Während des Kampfes stürzte Einer derselben ins Wasser und versank. Der Andere sprang sofort nach, tauchte, und es gelang ihm, seinen Feind über Wasser zu heben und zu retten. Alle Zuschauer applaudirten dieser großmüthigen That; aber kaum waren Beide wieder auf dem Trocknen, so begannen sie die Prügelei wüthender wie zuvor, bis die Polizei einschritt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Expreß, Kofoed von Rönne. Caroline, Wiese; Abeline, Vöge von Kiel. Enigheden, Boye; Neptunus, Hansen; Union, Ohlsen; Haubet, Boye von Marstall. Ebenezer, Kreutzfeldt von Stevens. Mathilda Calder, Masson von Burntisland. Fanny, Schauer von Kopenhagen. Wind: N. Revier $16\frac{1}{2}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. März. Witterung: bewölkt, Nachts Sturm. Temperatur + 5° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen etwas höher bezahlt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—106 Rt. bez., bunter 100—104 Rt., feiner weißer 106—110 Rt., ungarischer 92—104 Rt., 83—85pfd. Frühj. $104\frac{1}{2}$, 105 Rt. bez. u. Br.

Roggen schwankend bezahlt, Schluß fester, pr. 2000 Pfd. loco 76 bis 79, geringer feiner $79\frac{1}{2}$—81 Rt., Frühjahr 79, $78\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $79\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 79 Rt. bez, Juni-Juli $76\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Juli-August 72 Rt. bez.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco Oderbruch $54\frac{1}{2}$ Rt., mährische und schlesische 55—57 Rt., 69—70pfd. schles. Frühj. $56\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Hafer fest, per 1300 Pfd. loco $38\frac{1}{2}$—$40\frac{1}{2}$ Rt., 47—50pfd. Frühjahr 41 Rt. bez., $41\frac{1}{2}$ Br. u. Gd.

Erbsen befestigt, per 2250 Pfd. loco 74—76 Rt., Frühjahr Futter- 73 Rt. Br. u. Gd.

Rüböl stille, loco $10\frac{5}{6}$ Rt. Br., März $10\frac{2}{3}$ Rt. Br., $\frac{1}{2}$ Gd., April-Mai $10\frac{2}{3}$ Rt. Br., September-Oktober 11 Rt. Br., $10\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus wenig verändert, loco $20\frac{7}{24}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{6}$ Rt. bez. u. Gd., $\frac{1}{4}$ Br., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{11}{24}$ Rt. bez., $\frac{3}{4}$ Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen —, Rüböl $10\frac{2}{3}$, Spiritus $20\frac{1}{6}$.

Stettin, den 9. März.

Hamburg ···	6 Tag.	$151\frac{3}{4}$ bz	St. Börsenhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	$151\frac{3}{8}$ B	St. Schauspielh.-O. ·	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	$143\frac{7}{8}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London·····	10Tag.	6 $25\frac{1}{2}$ bz	Pr. National-V.-A. ·	4	120 B
„ ·····	3 Mt.	6 $24\frac{1}{2}$ B	Pr. See-Assecuranz	4	750 B
Paris ·····	10 Tg.	$81\frac{5}{12}$ bz	Pomerania········	4	117 B
„ ·····	2 Mt.	—	Union············	4	107 B
Bremen ···	3 Mt.	—	St. Speicher-A.····	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$93\frac{5}{8}$ G	Ver.-Speicher-A.···	5	—
Wien·······	8 Tag.	$87\frac{7}{8}$ G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„ ·······	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.··	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle ·······	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.··	4	96 B
„ Rentenb.	4	—	Germania ········		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan···········		105 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ··	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.··	5	—
St. Stadt-O. ·	$4\frac{1}{2}$	—			—